

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN SOWJETISCHEN STREITKRÄFTEN UND OST-DEUTSCHER GESELLSCHAFT: ZWISCHEN RITUAL UND ALLTAG

Christian Th. Müller

Ausländerfeindlichkeit, Neonazismus und fremdenfeindliche Gewalt wurden nach 1990 in allen Teilen Deutschlands zu einem Problem.¹ Aber die Situation in den fünf neuen Bundesländern, die früher die DDR gebildet hatten, stellte sich in dieser Hinsicht weit gravierender dar als im Westen. Die wissenschaftliche Debatte dazu war während der letzten Jahre vor allem durch Erklärungsansätze geprägt, die die Gewalt gegen Ausländer und andere Minderheitengruppen mit den Schwierigkeiten der ökonomischen Transformation vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft sowie den daraus für große Teile der ostdeutschen Bevölkerung erwachsenden Deprivationen in Beziehung setzten.

Meiner Ansicht nach ist jedoch zu prüfen, in welchem Maße die Erfahrungen und der spezifische Umgang mit „Fremden“ in der früheren DDR dazu beigetragen haben. Das Ziel unseres von der Gerda Henkel Stiftung und der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderten Projektes „Fremde und Fremd-Sein in der DDR“ am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam ist es daher, die bisherige Diskussion der Ursachen der Fremdenfeindlichkeit um eine historische Perspektive zu ergänzen.

Patrice G. Poutrus untersucht dabei den Umgang mit den in der DDR lebenden politischen Emigranten, während sich mein Projekt mit den Beziehungen zwischen sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft befaßt. Die über eine halbe Million sowjetischen Soldaten und Zivilpersonen bildeten zwischen 1945 und 1994 die größte Gruppe von Ausländern in Ostdeutschland. Durch ihre flächendeckende Präsenz gehörten sie für viele Menschen in der DDR zum Alltag: sei es in Gestalt sowjetischer Militärfahrzeuge im Straßenverkehr, der Kasernen an den Rändern der Städte, der Sperrschilde in den Wäldern oder des von Flugzeugen und Truppenübungsplätzen ausgehenden Lärms. Sie waren in der DDR sozusagen die Fremden schlechthin. Das läßt die Schlußfolgerung zu, daß die Erfahrungen mit ihnen in hohem Maße die Einstellung der ostdeutschen Bevölkerung zu Fremden im allgemeinen prägten.

Nach einem kurzen Blick auf den Widerspruch zwischen kollektiver Erfahrung und der Darstellung der sowjetischen Truppen in der SED-Propaganda werde ich auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen und Konflikte in den Garnisonen und die Reaktionen des SED-Regimes eingehen, um anschließend erste Schlußfolgerungen hinsichtlich der Beziehungen von Regime, Bevölkerung und den sowjetischen Fremden zu ziehen.

1 Vortrag auf der 26. Tagung der German Studies Association vom 3.-6. Oktober 2002 in San Diego.

1. Kollektive Erfahrungen und Propagandabilder

In der Sicht auf die sowjetischen Streitkräfte standen tradierte Rußlandbilder aus der Zeit vor 1945 ebenso wie die im offiziellen Diskurs weitgehend tabuisierten Gewalterfahrungen (Vergewaltigungen, Plünderungen, Demontagen) der unmittelbaren Nachkriegszeit der SED-Propaganda diametral gegenüber. Die SED proklamierte die deutsch-sowjetische Freundschaft als „Herzenssache aller Deutschen“ und zeichnete ein stark idealisiertes Bild der sowjetischen Soldaten als „Helden“ oder „neuen Menschen“, die den Deutschen nach dem Motto „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ als Vorbilder dargestellt wurden.

Eingedenk der Erfahrungen mit den realexistierenden Sowjetsoldaten standen große Teile der Bevölkerung diesem Propagandabild kritisch bis ablehnend gegenüber. In den frühen fünfziger Jahren wurde ihm zum Teil auch offen widersprochen. Das verdeutlicht z. B. ein Instrukteursbericht der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von 1951 aus dem Kreis Senftenberg: „Warum wird die SU so hervorgehoben und der Deutsche ist ein ‚Nichts‘? Überall heißt es, wir sollen von Rußland lernen, sie hätten die besten Dreher, die beste Kultur, die besten Bauten, die besten Techniker. Dabei kannten die ‚Russen‘ nicht einmal Toiletten, die waren ja ganz unkultiviert!!! Von den Deutschen haben sie erst einmal Anstand und Kultur gelernt.“²

Dieser Widerspruch zwischen kollektiver Erfahrung und Propaganda wirkte sich auch nachhaltig auf das Ansehen der frühzeitig als „Russenpartei“ stigmatisierten SED aus. Deren Bindung an die Besatzungsmacht stellte bis zum Schluß ein Dilemma dar und unterstrich den „Fremdherrschaftscharakter“ ihres Regimes.

2. Deutsch-sowjetische Beziehungen in den Garnisonen

Zwischen den deutsch-sowjetischen Beziehungen, wie sie von der SED propagiert und 1974 sogar in der Verfassung³ festgeschrieben wurden, und dem Alltag deutsch-sowjetischer Nachbarschaft in den Garnisonen gab es deutliche Unterschiede.

Sollten gemäß des Kontrollanspruches von SED und KPdSU möglichst sämtliche Beziehungen in Form von „Freundschaftstreffen“, „Erfahrungsaustauschen“ oder „Patenschaften“ mit Schulen, Betrieben sowie Einheiten der NVA offiziell und organisiert werden, so kam es je nach lokaler Situation vor, daß sowjetische Soldaten in ganzen Einheiten für städtische Arbeiten oder als Aushilfen in Betrieben der Industrie und Landwirtschaft eingesetzt wurden, während die Bevölkerung im „Magasin“ der Garnison einkaufen ging und deutsche Kinder mit sowjetischen Kindern spielten oder mit Soldaten „snatschki“ (Abzeichen)

2 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 32/11345.

3 Art. 6 Abs. 2 der DDR-Verfassung vom 7.10.1974: „Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet. Das enge und brüderliche Bündnis mit ihr garantiert dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik das weitere Voranschreiten auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens.“

tauschten. Enge Kontakte zu Deutschen blieben aber Ausnahmen und galten als suspekt, so daß der Alltag der sowjetischen Soldaten weitgehend durch Ghettoisierung hinter den typischen grünen Bretterzäunen geprägt war.

Dabei gab es freilich auch zahlreiche Probleme – Lärmbelästigungen, Umweltverschmutzung, Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen beim Schießen, Straftaten sowjetischer Soldaten sowie die Konkurrenz um begehrte Konsumgüter –, die in der Bevölkerung Verärgerung hervorriefen. Eine öffentliche Diskussion dieser Zustände blieb bis 1989 aufgrund der offiziellen Freundschaftsideologie ebenso ein Tabuthema wie die Ignorierung von Gesetzen und getroffenen Vereinbarungen durch sowjetische Dienststellen.

Kritik wurde daher nur hinter vorgehaltener Hand und seit Anfang der achtziger Jahre auch zunehmend in Gestalt von Eingaben und Beschwerden geübt. Offene antisowjetische Äußerungen oder gar tätliche Angriffe auf sowjetische Soldaten blieben demgegenüber die absolute Ausnahme. Erst kurz vor dem Ende der DDR kam es auch zu offener Kritik, die sich in Rückgabe der Wahlbenachrichtigungen, Unterschriftensammlungen und schließlich sogar in Arbeitsniederlegungen oder Demonstrationen äußerte.

Obwohl die Masse der Bevölkerung, von den eher sporadisch durchgeführten offiziellen Anlässen abgesehen, praktisch keine Kontakte zu sowjetischen Soldaten und ihren Familienangehörigen hatte, wurden „die Russen“ durchaus differenziert gesehen. Das soll im folgenden an drei Beispielen aus den Kreisen Luckenwalde, Jüterbog und Neuruppin im Berliner Umland verdeutlicht werden.

Die Wehrpflichtigen wurden aufgrund ihrer bekanntermaßen harten Lebensbedingungen in der Sowjetarmee eher als „arme Schweine“ bemitleidet als abgelehnt. Das war selbst nach schweren Straftaten der Fall. Als 1986 in Woltersdorf, Kreis Luckenwalde, ein DDR-Bürger von einem sowjetischen Deserteur bei einem Einbruch niedergestochen wurde, verzeichnete das MfS zwar auch Stimmen, die meinten, daß „Zustände wie 1945“ herrschten oder die „Russen (...) immer dreister“ werden. Der Grundtenor der vor allem aus Gaststätten berichteten Diskussionen war jedoch, „wenn die ‚Russen‘ ihre eigenen Leute besser behandeln würden, würden auch nicht so viele von der Truppe abhauen.“ „Ein russischer Soldat hat ein Hundeleben.“ Der Bericht konstatiert daher: „Viele Bürger bringen für die Flucht des Soldaten in bestimmtem Maße Verständnis auf, er wird bemitleidet und bedauert. Vielfach wird zum Ausdruck gebracht, daß er bestimmt Heimweh hatte und nach Hause wollte.“⁴

Demgegenüber wurden sowjetische Offiziere primär als Repräsentanten der Besatzungsmacht, eines Staates im Staate, wahrgenommen. Das war insbesondere dann der Fall, wenn sie ihre Kompetenzen überschritten oder DDR-Gesetze und berechnete Beschwerden von Bürgern oder DDR-Staatsorganen ignorierten. Im Kreis Jüterbog wurde zum Beispiel ein zur Gemeinde Altes Lager gehörendes

4 Bundesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) Potsdam, Auswertung und Kontrollgruppe (AKG) 945, Bl. 75–78.

Gelände mit mehreren deutschen Läden eingezäunt und der sowjetischen Kaserne zugeschlagen. In anderen Fällen wurden willkürlich Straßen gesperrt oder landwirtschaftliche Nutzflächen als Müllablageplatz verwendet.

Primär als Konkurrenten um knappe Konsumgüter wurden die sowjetischen Zivilisten, vor allem die Offiziersfrauen gesehen. In Neuruppin eskalierte dies 1986 mehrfach zu handgreiflichen Auseinandersetzungen im örtlichen Kinderkonfektionsgeschäft. Auslöser dafür war in einem Fall „die Handlung eines sowjetischen Offiziers, Oberleutnant, (...), der mit Gewalt, Kniffen, Rempelen und nichtverständliche(n) Äußerungen den vorzugsweisen Zugang sowjetischer Bürgerinnen zur Verkaufsstelle erzwingen wollte. In Folge dessen kam es zu gegeneinander gerichteten Tätlichkeiten zwischen den deutschen und sowjetischen Bürgerinnen, die einen größeren Umfang annahm. Zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung standen etwa 100 Bürgerinnen (Schlange reichte bis Exquisit-Verkaufsstelle), davon $\frac{3}{4}$ sowjetische Bürgerinnen, vor der Einrichtung.“ In einem anderen Fall kam es zu Handgreiflichkeiten, nachdem eine Verkäuferin berufstätige DDR-Bürgerinnen bevorzugt an den Ladentisch gebeten hatte.

Die Reaktionen der örtlichen Bevölkerung auf diese Vorkommnisse trugen zum Teil offen fremdenfeindliche Züge: „Die Russen fressen sich bei uns fett, wir müssen sie versorgen und das, was sie benötigen, mitproduzieren.“ – „Es wird Zeit, dass die Russen endlich aus der DDR verschwinden, damit wir in Ruhe leben können.“ „Selbst die Russenweiber benehmen sich in der Stadt wie die Schweine, kaufen uns alles weg, egal ob sie es brauchen oder nicht, haben viel Zeit und lungern nur vor den Geschäften rum, um rechtzeitig da zu sein, wenn Ware kommt.“⁵

3. Wie reagierte das SED-Regime auf diese Probleme und welche Folgen hatten sie für die Herrschaftslegitimation?

Die genannten Konflikte stellten das Propagandabild vom heroischen Sowjetsoldaten und der „unverbrüchlichen deutsch-sowjetischen Freundschaft“ massiv in Frage. Darüber hinaus machten die fortwährenden Vorkommnisse an den Stationierungsorten jedoch auch deutlich, daß die DDR-Staatsorgane nicht in der Lage waren, bei den sowjetischen Streitkräften eine grundlegende Änderung der Verhältnisse durchzusetzen. Dabei blieben selbst Interventionen auf höchster Ebene ohne praktische Folgen. Das ohnehin spannungsgeladene Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesellschaft wurde dadurch zusätzlich verschärft. Angesichts der über Jahre und Jahrzehnte immer wiederkehrenden Vorkommnisse reagierte die betroffene Bevölkerung auf die hilflosen Versprechungen der Staatsmacht und ihre Versuche, sie von der Notwendigkeit der sowjetischen Truppen in der DDR zu überzeugen, zunehmend allergisch.

Insbesondere wenn Ortschaften in Nähe von Truppenübungsplätzen durch Bomben- und Granateinschläge gefährdet oder gar beschädigt wurden, mußten die Partei- und Staatsorgane mit dem Unmut der Bevölkerung rechnen. Vertreter

5 BStU, BVfS Potsdam, Kreisdienststelle (KD) Neuruppin 143.

staatlicher Organe wurden dann als „Russenknechte“ beschimpft oder wie 1984 in Stülpe, Kreis Luckenwalde, mit erhobener Faust bedroht. Ihnen wurde vorgeworfen: „Ihr macht ja sowieso nichts, wozu seid ihr da, ihr haltet nur die Schnauze und sagt nichts. Mit den Vorgesetzten von Luckenwalde wird nur alles vertuscht. Nicht einmal in dieser jetzigen Situation könnt ihr unsere Interessen vertreten.“ Die umgehend eingeleiteten Beschwichtigungsversuche brachten folglich nicht das gewünschte Ergebnis. Vielmehr mußte festgestellt werden: „Trotz intensiver Bemühungen der Partei, den negativen Diskussionen offensiv entgegenzutreten, wird den Argumenten gegenwärtig kein Glauben geschenkt.“⁶

Doch nicht nur mit immer neuen Vorkommnissen schwächte die sowjetische Seite die Herrschaftslegitimation des SED-Regimes. Ab Mitte der achtziger Jahre kam mit Glasnost und Perestroika ein zweiter Faktor hinzu. Vor allem in Teilen der intellektuellen und städtischen Bevölkerung wurde das offiziell propagierte Bruderschaftspostulat eigen-sinnig umgedeutet; die Sowjetunion und mit ihr sogar die sowjetischen Truppen wurden kurzzeitig zum Hoffnungsträger.

Das führte zu der eigenartigen Konstellation, daß ein oppositioneller Künstler in Zusammenarbeit mit der evangelischen Kirche und sowjetischen Offizieren Anfang 1989 eine Ausstellung organisierte, die erst im Brandenburger Dom und danach im Offiziersklub der 35. Mot.Schützendivision in Krampnitz gezeigt werden sollte. Die Ausstellung stand unter dem Motto: „Mit Gorbatschow dem Hoffnungsträger und dem Befreier von der Angst – Perestroika – Glasnost.“ Erst nach Intervention der SED-Bezirksleitung Potsdam beim Politstellvertreter der Division wurde die Ausstellung aus „technischen Gründen“ abgesagt.⁷

Ein anderes Beispiel aus Schwerin zeigt, daß auch die sowjetischen Truppen selbst zu Hoffnungsträgern wurden. Hier wurde 1988 ein zur Erinnerung an den Sieg der Roten Armee umfunktionierter T-34-Panzer von Oppositionellen mit der Losung „Befreit uns noch mal!“ versehen. Erscheint dies angesichts der mannigfachen Probleme mit den sowjetischen Truppen in der DDR zumindest doppeldeutig, so macht die Aufschrift „Perestroik(a)“ deutlich, von wem man hier befreit werden wollte.

6 BStU, BVfS Potsdam, AKG 945.

7 SAPMO-BArch, DY 30/2291.



Oppositionelle Losungen auf sowjetischem Denkmal (Schwerin 1988).



Fotos: BStU, BVfS Schwerin, AKG 13b.

So stellte die sowjetische Besatzungsmacht auf ganz unterschiedliche Weise die Herrschaftslegitimation des SED-Regimes in Frage.

4. *Schlußfolgerungen*

Welche Schlußfolgerungen lassen sich aus diesen knappen Ausführungen hinsichtlich der Beziehungen von Regime, Bevölkerung und den sowjetischen Fremden ziehen?

1. Das SED-Regime war von Anfang an eng an die sowjetische Besatzungsmacht gebunden. Gleichzeitig stellten die sowjetischen Truppen und später Glasnost und Perestroika die Herrschaftslegitimation der SED nachhaltig in Frage.
2. Nicht minder ambivalent waren die Beziehungen der DDR-Gesellschaft zu den sowjetischen „Freunden“. Wurde in Ritualen die imaginierte Freundschaft zu abstrakten Sowjetmenschen gepflegt, so dominierte an den Standorten das Nebeneinanderherleben von Deutschen und „Russen“. Angesichts der offiziellen Freundschaftspropaganda konnten die zahlreichen Probleme mit den sowjetischen Streitkräften nicht öffentlich thematisiert werden.
3. So entstand im Zuge des „Als-ob-Verhaltens“ eine strikte Trennung von öffentlicher und privater Rede. Im privaten Kreis wurden die Erfahrungen mit den „Russen“ ausgetauscht und zu Stereotypen verfestigt.
4. Inwieweit daraus Ressentiments gegen „Fremde“ im allgemeinen oder gar fremdenfeindliche Übergriffe erklärt werden können, ist durchaus fraglich. Die Erfahrung mit den sowjetischen Truppen dürfte jedoch dazu beigetragen haben, daß die ostdeutsche Bevölkerung bis heute die offiziell verkündete Freundschaft zu anderen Völkern und das Bild des „edlen Fremden“ mit deutlicher Skepsis betrachtet.

Das ist auch ein Grund für die unterschiedlichen Reaktionen in Ost- und Westdeutschland auf die Verkündung von „uneingeschränkter Solidarität“ durch Bundeskanzler Gerhard Schröder nach den Anschlägen des 11. September 2001.